

Abonnement für Steier monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerschein 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Zeile 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von A. Graumann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 12. März 1879.

Nr. 120.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung vom 11. März.

Präsident von Forderbed eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Am Tische des Bundesraths: Minister Schmamm, Herzog, Dr. Friedberg und von Fabre u. Aam.

Tagesordnung:

I. Interpellation des Abg. Winterer: Beschäftigt die Reichsregierung, dem Landesaus- schusse einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend Revision des Gesetzes über das Unterrichtswesen in Elsaß-Lothringen vom 12. Februar 1873?

Unterstaatssekretär Herzog erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Winterer: Die vorliegende Inter- pellation erklärt sich dadurch, daß diese Tribüne die einzige Stelle ist, von welcher aus die Zustände in Elsaß-Lothringen besprochen werden können. Unsere Frage besteht einfach darin: Soll das diktorische Unterrichtsgesetz revidiert werden? Das Gesetz liegt Ihnen vor. In 4 Paragraphen wird uns gesagt, was das Land für ein Recht haben soll an dem Unterricht und der Erziehung der Landesinder. Der Staat, wie er sich in Elsaß-Lothringen gestaltet, ist ein Staat ohne das Land, ohne das Volk; der Staat hat nicht nur die Aufsicht, sondern auch die Leitung des gesamten Unterrichtswesens für sich in Anspruch genommen. Ohne die Genehmigung der Staatsbehörde darf kein Unterricht erteilt werden. Die natürlichen Faktoren sind durchaus nicht dazu berufen worden, um über diese Frage ein Urtheil abzugeben, das Gesetz ist ein rein diktorisches. Wer sind diejenigen, die dieses Gesetz zur Anwen- dung bringen? Es sind Personen, die dem Volke gegenüber vollkommen fremd gegenüberstehen. In keinem Lande der Welt besteht ein Unterrichtsgesetz, das die Eltern und die Gemeinden von aller Mitwirkung bei der Erziehung der Jugend vollkommen ausschließt. Wie es bei den Zuluss mit dem Unterrichtswesen bestellt ist, habe ich nicht ermitteln können (Hel- ler). Es liegt in Elsaß-Lothringen auf dem Ge- biete des Unterrichtswesens eine Zwangs-Enteignung im großen Maßstabe vor: die Expropriation des heiligsten Rechtes! Das Recht, das uns genommen wird, ist ein natürliches Recht, ein soziales Recht, auf das Niemand von uns verzichten kann. In wenig Jahren hat die Regierung unzählige Ruinen aufgeschaffen, und was hat sie auf diesen Ruinen auf- gebaut? Daß die Schule in Elsaß-Lothringen eine glänzende ist, wird wohl Niemand behaupten kön- nen. Wir fragen deshalb nicht die Lehrer an, son- dern die Regierung, die sich das Recht der Erzie- hung aneignet und dadurch die schwerste Verpflich- tung übernimmt, ohne derselben nachzukommen. Die Regierung hat sich damit an der Erziehung der Kinder veründigt. Redner geht nunmehr auf die Schul-Verhältnisse in den Reichslanden näher ein und beleuchtet die verschiedenen Kategorien der Schu- len. Er beklagt die Unterdrückung aller Bestehenden, die Heranziehung von Schulinspektoren aus dem Norden, von denen jeder Einzelne für sich ein Klei- ner Diktator sei. Die Partit werde zu Gunsten des Protestantismus auf's Schwerste verlegt. Aus keinem der bestehenden Gymnasien sei seit 7 Jahren ein einziger Theologe hervorgegangen; das Franzö- sische werde in den Privatschulen verboten. Gewalt habe noch nie ein Herz gewonnen, und die Unge- rechtigkeit noch nie ein Volk versöhnt. Wir in Elsaß-Lothringen sind recht- und schulplos der Ver- gewaltigung der Schule preisgegeben. Ich richte deshalb an die Reichsregierung die Anfrage, ob sie geneigt sei, eine Revision des Schulgesetzes vorzu- nehmen?

Unterstaatssekretär Herzog: Ich muß im Namen der Regierung diese Frage verneinen; die Regierung beabsichtigt eine solche Revision nicht. Ich würde mich auf diese Antwort beschränken kön- nen, um so mehr, als diese Frage im Landesaus- schusse wiederholt erörtert worden. Allein ich muß auch auf die Ausführungen des Herrn Interpellan- ten antworten. Die Omnipotenz des Staates, die von demselben zum Gegenstand des Angriffs gemacht worden ist, beruht in der That auf dem Gesetz vom Jahre 1873. Die Regierung hat die Leitung des Unterricht als Monopol erachtet für den Unterrichts- zwang. Das Gesetz hat die Bedeutung, daß fortan die Genehmigung der Regierung für die Errichtung von Schulen, für die Anstellung von Lehrern u. er- forderlich ist. Ebenso ist die Einrichtung des Lehr- planes von der Genehmigung der Regierung abhän-

gig gemacht. Die Entwicklung des Schulwesens in Elsaß-Lothringen ist auch eine in hohem Grade erfreuliche. Das harte Urtheil, das der Inter- pellant über dasselbe ausgesprochen hat, ist daher vollkommen unberechtigt. Der Vorredner hat die Nothwendigkeit der Revision jenes Gesetzes daraus abgeleitet, daß er behauptet, die lokale Beaufsichti- gung des Schulwesens sei verändert worden, die Fa- milien hätten keinen Antheil daran. Das ist that- sächlich unrichtig. Das Gesetz hat ausdrücklich aus- gesprochen, die örtliche Beaufsichtigung der Schule bleibt unverändert. Mit aller Entschiedenheit muß ich den Angriff des Interpellanten zurückweisen, daß die Elsaß-Lothringischen Lehrer unwürdig seien, die Kinder zu unterrichten. Er hat behauptet, daß diese Lehrer aus Bagabonden hervorgegangen sind, daß die Regierung sich veründigt, indem sie unwürdigen Lehrern die Erziehung der Kinder anvertraut. Einen Stand, der mit voller Hingebung sich seinem Berufe hingiebt, in dieser Weise bloß zu stellen, das scheint mir selbst von Standpunkt des Herrn Interpellanten sehr gewagt. Was würde der Vorredner sagen, wenn die katholischen Geistlichen zum Gegenstande eines ähnlichen Vorwurfs gemacht würden, das geist- liche Gewand schütz doch vor Ausnahmefällen nicht. Die Regierung habe leider von unten herauf die Schule aufbauen müssen. Wen die Schuld trifft für die zahlreichen Auswanderungen, was hauptsäch- lich dazu beigetragen, diese Frage wird der Herr Interpellant sich am besten beantworten können. Gegenwärtig sind die höheren Unterrichtsanstalten, die mit einer Schülerzahl von 800 begonnen haben, bereits von 6000, darunter allein 4000 aus Elsaß- Lothringen, besetzt. Es ist das ein Beweis dafür, daß das Vertrauen der Bevölkerung zu diesen An- stalten zugenommen hat. In Bezug auf die kon- fessionellen Schulen betont Redner, daß nichts aus den früheren Verhältnissen geändert worden ist. Die Partit zwischen den beiden Konfessionen sei voll- ständig aufrecht erhalten worden. Der Religions- unterricht in den Schulen werde von den Lehrern der betreffenden Religion erteilt. In keiner Weise könne zugegeben werden, daß die Regierung aus ir- gend einer Feindseligkeit gegen die katholische Kirche und ihrer Bekenner sich in ihrer Schulpolitik habe leiten lassen. Die Aufgabe der Regierung sei es stets gewesen, der Religion die geeignete Bedeutung und denjenigen Werth beizulegen, der ihr in der Schule gebührt.

Abg. Guerber beantragt die Besprechung der Interpellation, welche vom Centrum unterstützt wird.

Abg. Guerber bedauert die Antwort des Vertreters der Reichsregierung. Wenn die Kompe- tenz des Staats so weit gehen solle, daß die Eltern und die Gemeinden kein Wort mehr bei der Er- ziehung der Kinder mitzureden haben, so heiße das nichts weiter, als Konfiskation der Geister in Elsaß- Lothringen. Wenn der Vorredner den Schulzwang als gegenwärtig bezeichnet habe, so lasse sich ja über die Idee des Schulzwanges streiten; was er aber in Elsaß-Lothringen davon gesehen habe, sei er doch etwas bedenklich geworden über den Werth des Schulzwanges. Wo Staatsomnipotenz und Staats- monopol sich mit einander verbinden, da werde der härteste Druck, die absoluteste Tyrannei herbeigeführt. Redner hält die Klagen des Interpellanten über seine heimathlichen Schulverhältnisse für durchaus begründet und beklagt seinerseits in längerem Aus- führungen die Verletzung der Partit. Er hält es für notwendig, den Unterricht völlig freizugeben, der Staat möge seine Schule haben, die Religions- gemeinden ebenfalls ihre eigenen Schulen. Jeder möge sich eine Schule einrichten, wie sie seinen Wün- schen und Neigungen entspricht. Die Kompetenz sei nur auf die Macht begründet. Dem Monopol müsse der Hals gebrochen werden, es führe nur zur Unter- drückung der Sprachen.

Abg. v. Büllner (Löwenberg): Die Herren jener Richtung versprechen unter Beseitigung des Staatsmonopols, freier Schule und Einfluß der Familie nur die Wiederherstellung der früheren All- gewalt des römisch-katholischen Klerus. Der Schul- zwang drückt Elsaß-Lothringen durchaus nicht, denn die Eltern schiden ihre Kinder gern in die Schule und erkennen die Fortschritte derselben dankbar an. Schulversammlungen sind so selten wie in keinem andern deutschen Lande. Nur in denjenigen Theilen der Reichslande, in welchen die Volkssprache deutsch ist, ist dies auch die Unterrichtssprache; in den andern Gebietstheilen ist das Deutsche nur

Unterrichtsgegenstand. Gegenüber der Beschuldigung der Unfähigkeit kann ich den reichslandischen Leh- rern bezeugen, daß sie ihrem Berufe mit großem Eifer und Erfolg obliegen. Das Lyceum in Metz steht dem besten deutschen ebenbürtig zur Seite und gerade die der französischen Bevölkerung angehörigen Abiturienten haben die Prüfung am besten bestanden. Die Vorredner haben übrigens ihrer Sache einen schlechten Dienst geleistet. Nach ihrer erregten Sprache werden wir Bedenken tragen, dem Elsaß-Lothringischen Landesausschuß, in welchem ja ihre Richtung die Oberhand gewinnen könnte, die beabsichtigte Kompe- tenzverlängerung zu gewähren.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Das Haus setzt die zweite Beratung des Reichs- haushaltsetats fort, und zwar die Spezialberatung des Militäretats.

Zu demselben liegt folgender Antrag des Abg. v. Büllner (Drehingen) vor: den Reichstagsrat zu ersuchen, einen europäischen Staatenkongress zum Zwecke der Herbeiführung einer allgemeinen Ab- rüstung etwa auf die durchschnittliche Hälfte der gegenwärtigen Friedenskräfte der europäischen Heere für die Dauer von vorläufig 10–15 Jahren zu veranlassen.

Abg. v. Büllner (Drehingen): Ich bin kein Friedensapostel und kein Phantast, auch kein Gegner des Heeres, dessen Thaten ich bewundere; aber alle Volkswirthe und alle denkenden Menschen sind darin einig, daß die fortwährende Konkurrenz in der Steigerung der Militärausgaben die Staaten zum Bankerott führen muß und zum Theil schon dazu geführt hat. In Europa werden jährlich bi- rekte und indirekte etwa 3 Milliarden Mark für das Militär ausgegeben. Wohin soll das führen, wenn wir 50 Jahre lang diese enormen Ausgaben zu leisten haben? Es handelt sich nicht um einen Kongress zur Herbeiführung des ewigen Friedens, ab- wenn die Sache ernstlich in die Hand genommen wird, wenn der große Staatsmann Fürst Bismarck und der Generalfeldmarschall Graf Moltke ihre ge- wöhnlichen Wort sprechen, dann meine ich, sollte es möglich sein, auf 10–15 Jahre eine solche Ab- rüstung zu erzielen. Deutschland soll nicht zuseh- abrüsten, es soll nur mit einem solchen Antrage vorangehen. Die andern finanziell geschwächten Staaten Oesterreich und Rußland werden bald fol- gen. Von England haben wir nichts zu fürchten; Frankreich ist allerdings ein schwieriger Punkt, aber auch dort steht man sich einer Erleichterung der Militärkraft. Der Herr Reichstagsrat hat ein- mal das Tabakmonopol als sein letztes Ideal be- zeichnet; möge sein letztes Ideal die Durchführung dieses Friedenswerkes sein!

Abg. Sonnemann: Ich habe mich über diesen Antrag gefreut, weil ich unter Anerkennung aller Schwierigkeiten der Ausführung der Meinung bin, daß auch die Militärfrage wie manche andere auf internationalem Wege geregelt werden kann. Die schwierigste Ausführung ist, geht schon dar- aus hervor, daß der Antragsteller sich darüber nicht geäußert hat, wie er sie sich denkt. Möglich wäre eine Reduktion unter gleichzeitiger Herabsetzung des Präsenzstandes und der Dienstzeit. Die letztere ist ja gesetzlich auf 3 Jahre festgesetzt und die Militär- techniker widersprechen einer Abminderung. Aber alle Hoffnung darf man doch nicht aufgeben; in zwei Jahren läuft das Septennat ab; da jede Änderung im Militärwesen auf große Schwierigkeiten stößt, so kann man nicht früh genug daran denken, wie sich dasselbe nach dem Septennat gestalten soll. Wir haben zwar bei der Budget-Beratung vom Abg. Richter gehört, daß die Ausgaben für unseren Mi- litäretat nicht so übermäßig hoch seien, da Frankreich 710, Rußland 600 und Deutschland 350 Millionen für Militär und Flotte ausgiebt, aber mir scheint es nicht angezeigt zu sein, das Heer und die Flotte zusammenzuwerfen, denn in den anderen Ländern mit großem Kolonialbesitz sind dafür andere Verhält- nisse maßgebend.

Abg. Hanel: Die Kommission, welche die möglichen Ersparnisse bei unserem Militäretat fest- stellen soll, bestehn wir. Wenn solche Ersparnisse nicht gemacht werden, so liegt die Schuld nur an der Regierung und der Majorität des Hauses. So lange das Septennat unserer Friedensverpflichtung bezieht, werden erhebliche Ersparnisse nicht gemacht werden können. Obwohl mir der diesem Antrage zu Grunde liegende Gedanke sympathisch ist, so ist er mir doch in der vorliegenden Form nicht genehm. Keine Großmacht kann einen solchen Staaten-Kon-

gress berufen, ohne daß sie die Garantie-hat, daß ihn alle Großmächte beschiden und daß sie mit ihm Vorschlägen nicht in der Minorität bleibt.

Abg. Reichenberger (Krefeld): Ich erkenne die Bedeutung dieses Antrages an, wenngleich ich nicht für ihn stimmen kann, denn er geht mit Siebenmeilenstiefeln vor. Man wird praktisch und ernst die Frage prüfen müssen, ob die Völker auf die Dauer die jetzige Militärlast ertragen könnten, ohne ihr Werk aufzugeben. Das Resultat einer solchen Untersuchung würde gewiß sein, daß man trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten zur Re- duction der stehenden Heere schreiten müßte; und Deutschland als der mächtigste Staat müßte ver- trauensvoll darin vorangehen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Der Antrag von Büllner wird abgelehnt. Da- für stimmen außer dem Antragsteller nur die So- zialdemokraten, Sonnemann und Krüger (Haders- leben).

Die Titel 18, 18a, 19 und 20 des Kapi- tels 37, welche die Rekrutimentsfonds der Was- sen enthalten, werden auf Antrag des Abg. Ri- cher (Hagen) an die Budget-Kommission verwiesen, und im Uebrigen das Ordinariat des Militäretats unverändert genehmigt.

Es folgt die Beratung des Etats der Ma- rineverwaltung.

Beim Titel 1: Chef der Admiralität — 36,000 Mark — ergreift

Abg. Hanel zuerst das Wort: Ich hätte er- wartet, daß der Chef der Admiralität zuerst das Wort- ergriffen hätte, da er uns einige Erläuterungen schuldig ist über das unglückliche Ereigniß vom 31. Mai v. J. Seit dem September v. J. Wir werden bei der Beurtheilung jenes Ereignisses die mittelbaren von den unmittelbaren Ursachen zu unterscheiden haben. Nach offiziellen Mittheilungen ist der Spruch des Kriegsgerichts in letzter Beziehung bereits ergangen. Ueber seinen Inhalt wird dieses Schweigen bro- dachtet. Die tiefer liegenden Ursachen sind die, welche die Gegner des Chefs der Admiralität als „System Stosch“ bezeichnen. Ihre Vorwürfe beziehen sich hauptsächlich auf die Ueberspannung aller Kräfte in einem Dienst, sehr starke Uebertreibung in den Indienststellungen, mangelhafte Bildung der Unter- offiziere, kurz darauf, daß die praktische maritime Seite der Verwaltung hinter einer gewissen bureau- kratischen Manier zurücktrat. Alle diese Vorwürfe haben in der öffentlichen Meinung nicht eine innere Verstärkung, aber eine stärkere Accentuation bekom- men, erstens durch die nicht offizielle Nachricht, daß jener Kollision vom Mai in einem verhältnißmäßig kurzen Zeitraum andere vorangegangen, seiner durch den Abgang des Admirals. Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß eine Meinungs-Differenz zwischen ihm und dem Chef der Admiralität über jene mittelbaren Ursachen den Abschied herbeigeführt ha- ben soll.

Chef der Admiralität v. Stosch: Ich be- dauere, die gewünschte volle Aufklärung über jenes unglückliche Ereigniß nicht geben zu können, da das gerichtliche Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Dieses Verfahren hat nach den bestehenden Vor- schriften unmittelbar nach dem Ereigniß angefangen; das eigentliche Untersuchungsverfahren ist Ende De- zember zum Schluß gekommen, im Januar hat der Spruch stattgefunden und er liegt noch der Aller- höchsten Entscheidung vor. Ich habe über das Ma- terial selbst, da das gerichtliche Verfahren bei dem Gardekorps hieselbst stattgefunden hat, keine Kennt- niß, und was ich davon weiß, gehört ganz außer- halb meines Ressorts, und ich bin gar nicht einmal im Stande, selbst wenn ich dazu autorisiert wäre, die Sache in ihren Details hier mitzutheilen. Ich stehe der gerichtlichen Untersuchung gegenüber fremd. Ich vertraue, daß Sie bei eventueller Kenntniß- nahme der Sache sich überzeugen werden, daß mehr Unglück wie Fehler zu Grunde liegen. Was den Fall des Admirals Werner anbetrifft, so muß ich darauf verzichten, darüber hier zu sprechen. Es ist ein Akt der militärischen Disziplin und es ist eine einfache militärische Verabschiedung auf das ganz reglementmäßig abgefaßte Befehl. Darüber, ob die Herren mir gegenüber den Etat bewilligen wol- len, kann ich kein Wort verlieren. Ich glaube, ich habe meine Schuldigkeit gethan und werde sie thun, so lange ich auf meiner Stelle bin. (Beifall rechts.)

Abg. Lafer: Die Antwort des Chefs der Admiralität habe ich nicht recht verstanden. Wollte

er erklären, daß er heute noch nicht im Stande sei, Auskunft zu erteilen, dagegen wäre Nichts einzuwenden, so lange der Prozeß eben noch schwebt. Aber der Chef der Admiralität muß doch zugestehen, daß Deutschland die Ursache des Unglücksfalles kennen muß.

Chef der Admiralität v. Stosch: Ich kann nur noch einmal mein Bedauern ausdrücken, daß die Sache noch nicht abgeschlossen ist. Das kriegsrechtliche Verfahren stellt den Kaiser an die Spitze und überläßt ihm die letzte Entscheidung, ohne daß eine Unterinstanz gehört wird. Die Akten liegen ganz außerhalb meines Ressorts. Ich kann nur wiederholen, daß ich den lebhaften Wunsch habe, den Herren Alles zur Kenntnis zu bringen, weil ich überzeugt bin, daß dies das Beste ist. Aber mit meiner Autorität kann ich dafür nicht eintreten, das liegt außerhalb der Organisation. Was die beiden Kollisionen betrifft, die ich vorher nicht berührt habe, so ist mir die eine derselben, die im mittelländischen Meer stattgefunden haben soll, nur durch die Zeitungen zur Kenntnis gekommen, bis dahin war sie nicht allein mir, sondern auch selbst den Beteiligten unbekannt. (Heiterkeit rechts.) Bei der Kollision mit dem Feuerschiff an der englischen Küste bin ich selbst zugegen gewesen. Dieselbe entsprang einem Mangel an Kenntnis der momentanen Stromverhältnisse, die sich stundenweise nach Ebbe, Strom und Wind richten und kann darum so hoch nicht angerechnet werden. Also die beiden Kollisionenfälle sind meiner Ueberzeugung nach Sensationsnachrichten gewesen.

Abg. Lucius: Ich entnehme der Erklärung des Chefs der Admiralität, daß er bereit ist und den Wunsch hat, uns die Ergebnisse der kriegsgerichtlichen Untersuchung mitzutheilen.

Chef der Admiralität v. Stosch: Ich habe vorher gesagt, daß die Autorität, welche hier allein zu entscheiden hat, der oberste Kriegsherr ist und ich füge hinzu, daß ich mich nicht für berechtigt oder verpflichtet halte, hier zu erklären, wie ich mich in dieser Sache zu meinem Kriegsherrn stelle.

Damit schließt die Debatte.

Die Vertagung der weiteren Verathung des Marineetats wird gegen die Stimmen der Fortschrittspartei abgelehnt.

Titel 1 wird bewilligt.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Konvention betr. Abwehrmaßregeln gegen die Rebland; Bogelschutzgesetz; Wahlprüfungen; Petitionen; Etat.)

Deutschland.

Berlin, 11. März. Der Finanzminister macht in einer Circularverfügung vom 2. März die königlichen Regierungen darauf aufmerksam, daß in Folge der anderweitigen Gerichtsorganisation mehrfache Räumlichkeiten in den Gerichtsgebäuden für die Justizverwaltung entbehrlich werden. Diese Räumlichkeiten werden als Geschäftslöcher den Katasterämtern zu überweisen sein und dadurch die im öffentlichen Interesse sehr erwünschte lokale Vereinfachung der Grundbuchämter und Katasterämter herbeigeführt werden können. Die Regierungen werden angewiesen, schleunigst mit den Appellationsgerichten ins Einvernehmen zu treten, welche ihrerseits bereits vom Justizminister in demselben Sinne informiert sind. Miethäuser wird die Justizverwaltung nicht beanspruchen, sondern nur die bauliche Instandhaltung der Räume im Innern. Der Finanzminister erwartet spätestens nach Ablauf von sechs Monaten über die diesfälligen Verhandlungen Bericht.

Berlin, 12. März. Ueber das letzte Remontré zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Abgeordneten Lasler kommt man jetzt allgemein auch im liberalen Lager zu der Einsicht, daß letzterer sich eine schwere Niederlage zugezogen habe. So schreibt der fortgeschrittliche „Berl. Börsen-Courier“:

Wir können nicht umhin, zu konstatieren, daß formell der Reichslangler sich durchaus im Rechte befindet, daß er zu der persönlichen Gerichtsbarkeit des Abgeordneten Lasler keine Veranlassung gegeben hat. Es verhält sich damit ähnlich, wie f. Z. mit dem gesagten Wort „Nacht geht vor Recht“, das der preussische Abgeordnete Graf Schwerin dem derzeitigen Ministerpräsidenten v. Bismarck in den Mund legte und das dieser in Wirklichkeit niemals ausgesprochen hat. Auch der Abgeordnete Lasler hat dem Reichslangler eine Aeußerung zugeschrieben, die derselbe — wenn anders die uns vorliegenden Berichte zuverlässig sind und sie pflegen es stets in Bezug auf alle Reden des Reichslanglers zu sein — keineswegs gethan hat. Fürst Bismarck sagte, daß als der betreffende Entwurf eingebracht wurde, von derjenigen Seite, die es für ihre Aufgabe hält, mehr für den Verbrecher als für den ehrlichen Mann bei Stellung der Straffälle sich zu interessieren, die vorgeschlagenen Straffälle gemildert wurden. Der Abg. Lasler wollte diesen Passus wiederholen, um seinen gehäuschten Protest gegen denselben zu erheben, aber er gab demselben einen den Sinn durchaus verändernden Wortlaut, indem er erklärte, der Fürst Bismarck habe von Mitgliedern des Reichstages gesagt: daß sie sich mehr des Verbrechens annehmen als der öffentlichen Wohlfahrt. Hätte der Reichslangler eine solche Aeußerung wirklich gethan, so würde dieselbe in der That für eine Provokation der liberalen Partei haben gelten können. Aber in Wirklichkeit hat er ganz etwas Anderes gesagt. Und das Selbstsame ist, daß, obwohl Fürst Bismarck in der nächsten Rede den Inhalt jenes Passus, wenn auch nicht dessen Wortlaut nochmals wiederholte, indem er sagte, daß er nicht dafür könne, wenn der Abg. Lasler sich zu der Bezeichnung Verbrecher wende, die den Schutz des Verbrechens gegen Ungerechtigkeiten schärfer accentuieren, als den Schutz des ehrlichen Mannes gegen die Verbrecher, — der

Abgeordnete Lasler trotzdem bei seiner Auffassung beharrte.

Ausland.

Paris, 10. März. Die Regierung hat, wie sich bereits zeigt, richtig gehandelt, indem sie die Vertagung der Debatte über den Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission auf Donnerstag verlangte. Die öffentliche Meinung spricht sich entschieden für die Vertagung aus. Nicht allein die Berichte der Präfekten, sondern auch zahllose Briefe, welche aus den Provinzen an die Deputierten gerichtet sind, legen hierfür Zeugnis ab. Gambetta bemüht sich persönlich, die noch zögernden Mitglieder der „Union républicaine“ zu gewinnen und spricht es offen aus, daß die Gelegenheit benutzt werden müsse, um das Kabinett zu befestigen. Heute herrscht bereits allgemein die Ansicht, daß der Antrag auf Vertagung der Ministerien Broglie und de Rochebort nur etwa hundert Stimmen erlangen wird.

Provinzielles.

Stettin, 12. März. Sr. Majestät der König haben den Rittmeister a. D. Richard v. Planckensee auf Hedron-Damm, Kreis Stolp, den Landrath Adolf Ludwig Grafen v. Schlieffen zu Poryl, den Rittergutsbesitzer Hugo Friedrich Fürstegott v. Bontz auf Schönwerder bei Arnswalde, den Rittmeister a. D. und Landraths-Deputierten Kurt v. Petersdorff auf Großenhagen, Kreis Ragnick, den Premier-Lieutenant in der Reserve des 1. Garde-Dräger-Regiments und Majoratsbesitzer Leo v. Bloeg auf Stuchow bei Schwirsen, den Landrath Swantow Peter Vogelsow v. Bontz auf Hauptmann und den Hauptmann a. D. Adalbert v. D. Marwitz auf Bumbichow, Kreis Stolp, zu Ehrenrittern des Johanniterordens zu ernennen geruht.

Der Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Carl Ludwig Duandt, in Firma C. Duandt in Stettin, ist durch rechtskräftig bestätigten Aktord beendet.

Das äußerst zahlreich besuchte vorgestrige Bokal-Konzert der „Stettiner Handwerker-Ressource“ hatte sich bei der Prägnanz, mit der sowohl die Chöre als Soli's in gewohnter Weise vorgetragen wurden, des lebhaften und wohlverdienten Beifalles zu erfreuen. Hauptsächlich wird der Verein unter der bewährten Leitung seines Dirigenten, des Lehrers Herrn Riedel, fortzuführen, den Männergesang in jeder Richtung auch ferner gewissenhaft und nach besten Kräften zu pflegen.

Dem Hof-Planoforte-Fabrikanten Kommissionsrath Biese in Berlin ist der Charakter als Geheim-Kommissionsrath verliehen. Die Biese'schen Planinos, welche sich eines überaus guten Rufes erfreuen, sind auch hier durch den Vertrieb derselben seitens der Hof-Planoforte-Fabrik von G. Wollenhauer bekannt.

Während sich der Welter-Keller Lichtung am 10. v. M., Nachts 11 1/2 Uhr, aus der Wärbende gegenüber dem Eisenbahn-Empfangs-Gebäude auf kurze Zeit entfernt hatte, wurde ihm aus derselben sein Dienstpalest im Werte von 30 M. gestohlen.

Der Kellner Kreplin, welcher Ende voriger Woche verhaftet wurde, weil er des Diebstahls einer Uhr verdächtig war, ist heute auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft freigesprochen worden, da die Beweisnahme nicht das gezielte Belästigen gegen ihn ergab.

Grabow a. O., 11. März. Zwar kann die Pfänderung keiner Strafe unserer Stadt anderen Städten zum Muster empfohlen werden, doch einige derselben werden von den Vätern unserer Stadt doch etwas zu steifmützig behandelt. Das Aischenbrödel unter denselben ist wohl aber die Grabenstraße. Mehr „Graben“, wie „Straße“, gleich dieselbe bei Regen- resp. Thauwetter einen tiefen Morast, der nur für einen Turner passierbar ist, falls derselbe an dem Jamme des Lieberich'schen Grundstücks lang vollgirt. Ein besonderer Uebelstand liegt noch darin, daß die Straße von einem Sumpfsgraben begrenzt wird und die Belästigung des Abends zum größten Theil der gute Mond besorgen muß. Gestern Abend passirte der Arbeiter Friedrich Rißow diese Straße, da derselbe zu den altmodischen Kunststücken an dem bezeichneten Grunde schon zu alt ist, mußte er sich schon entschließen, den Mittelweg der Straße zu durchschreiten. Da kam er dem oben bezeichneten Graben zu nahe und fiel mit einem Fuß hinein; bei dem Versuch, sich herauszuarbeiten, folgte der andere Fuß und bald sank der Mann tiefer und tiefer. Auf seinen wiederholten Hilferuf eilte ein Seilermeister aus Stettin, welcher in der Nähe seine Werkstatt hat, herbei und nur mit großer Anstrengung gelang es demselben, den bereits bis an die Brust Versunkenen zu retten. — Man hat wohl schon gehört, daß jemand das Passiren einer Straße mit dem Verlust von Stiefeln oder Galoschen büßen mußte, daß aber ein Mensch in der Straße einer Stadt in die Gefahr kommt, im Morast zu versinken, das ist nur in unserer Grabenstraße möglich. Uebrigens läßt auch der Zustand der Kirchenstraße unendlich viel zu wünschen übrig, doch würden hier einige Tücher des genähigen, dem Uebelstande abzuhelfen.

Greifswald, 10. März. In der gefrigen Delegirten-Versammlung, welche von 11 Gesangsvereinen aus Anklam, Demmin, Elbena, Greifswald (2), Grimmen, Ohlrow, Jarmen, Loitz und Wolgast (2) befaßt war, wurden die Statuten des „Vorpommerschen Sängerbundes“ festgestellt und zugleich Greifswald als Festort für das erste Ende Juni dieses Jahres abzuhaltende Gesangsfest bestimmt.

Sagard, 9. März. Seit einigen Tagen ist auf unserer Insel die Nachricht verbreitet, man gebe damit an, eine Eisenbahn (Sekundärbahn) von Altrefäre über Bergen, Sagard nach Wittow zu bauen, und habe sich zur Ausführung dieses Planes ein Konsortium gefunden, jedoch die Bedingung gestellt, daß der Kreis Rügen für die Hälfte der Baukosten die Zinsgarantie übernehmen. Es scheint diese sehr bestimmt austretende Nachricht einen realen Hintergrund zu haben, doch mag ja wohl das ganze Projekt daran scheitern, daß der Kreis Rügen es ablehnt, die Zinsgarantie zu übernehmen. Es wäre allerdings sehr erfreulich, wenn der Verkehr unserer Insel mit dem Festlande durch eine Bahn gesichert würde, aber auf einen sehr regen Personen- und Güterverkehr hätte die Bahn für die ersten Jahre ihres Bestehens sicherlich nicht zu rechnen, und möchte deshalb die gleichzeitig auftauchende Behauptung, daß die projektirte Bahn in möglichst kurzer Zeit hergestellt werden soll, eum grano salis anzunehmen sein.

Aus dem Schlawer Kreise, 10. März. Man ist gewöhnlich der Meinung, daß die Postbeamten die Pflicht haben, auch Briefe ohne Freimarke abzunehmen, wenn ihnen das Porto für dieselben baar gezahlt wird. Dem scheint aber nicht also zu sein. Es wäre sonst nachstehender Vorfall nicht ganz erklärlich. — Ein amtlicher Brief soll eilfertig bestellt werden. Der Betreffende, ein mit den örtlichen Verhältnissen nicht ganz vertrauter, aber anständiger Herr, tritt vor das Schalterfenster des kaiserlichen Postamtes in Rügenwalde. Er überreicht den Brief nebst Porto einem jüngeren Postbeamten, in der Meinung, nun damit fertig zu sein. Doch dem ist nicht so! Der Brief wandert noch zwei losen Freimarken wieder zum Schalter heraus, und hinter ihm schließt sich das Fenster. Der Herr steht also in die Nothwendigkeit versetzt, die Handschuh abzulegen und die Marken selber aufzukleben, so unbehagen ihm solches in seinem Winteranzug auch ist. „Wohin nun mit dem Briefe?“ fragt er mit einem zweifelnden Blicke auf das geschlossene Fenster, worauf ein sonores „Draußen!“ als lehrtes Lebenszeichen aus dem Innern ertönt. Nachdem der Betreffende sich vor der Thüre vergeblich nach einem Briefstollen umgesehen, wird ihm von einigen Vorübergehenden freundlich die wenig in die Augen fallende Handspalte gezeigt, durch welche dann endlich der Brief wieder seinen Weg ins Postbureau findet. — Es ist ja bekannt, daß es durchaus den Intentionen des Herrn General-Postmeisters entspricht, wenn die Herren Postbeamten in höflicher und zuvorkommender Weise dem Publikum begegnen, und man hat gewiß nur in den seltensten Fällen Ursache, über das Benehmen derselben zu klagen. Es läßt sich also nur der Schluß ziehen, daß es unterstellt ist, Briefe mit harter Bezahlung abzunehmen. Es wäre dann aber — und das ist der Zweck dieser Zeilen — jedenfalls wünschenswert, wenn das Publikum darüber mehr aufgeklärt würde, damit sich Jeder rechtzeitig mit Freimarken versehen könne und nicht nöthig hätte, den Herren Postbeamten, die ja auch oft sehr beschäftigt sind, noch das Aufkleben der Marken zuzumuthen.

Bemischtes.

Drei Hute. Bei einem hohen Herrn kommen hin und wieder die Erwählten des Volkes zusammen, um neben erlesenen leiblichen Genüssen sich von der männlichen Pythia über die zoll- und steuerrechtliche Zukunft unterhalten zu lassen. Und wie da nun Jeder seinen Stolz in irgend einem Vorzug sucht, durch den er die Kollegen aus der Provinz in dem Schatten zu stellen sich bemüht, so hatte sich, wie das „Deutsche Montags-Blatt“ launig erzählt, Einer von den Bollwerksträgern das Geleit der Hute ausverkauft und einen echten Londoner Parlaments-Splinder für schweres Geld erstanden. Sorgfältig stellt er ihn in die Ecke und verleiht im Vollgefühl der Wohlgeborgenheit seines Schutzes — einen sehr angenehmen Abend. Wie Alles sich zum Aufbruch rüstet, da — o empfindsamer Publikum! — nimmt eine uralte Kruppe, ein Zeuge vergangener Jahrhunderte, den Platz des schönen, neuen Koffers ein. In seiner Betrübnis merkt der Unglückliche gar nicht, daß alle Anderen sich entfernen, und kommt erst wieder zum Bewußtsein, als das Hausherrn Stimmchen nahe seinem Ohre erklingt: „Aha, da ist schon wieder ein neuer Hut verschwunden! Na, da wollen wir wenigstens noch ein Trost noch eine Flasche Sekt zusammen trinken!“ Und so geschah's denn auch. Ein halbes Stündchen plauderten Beide in schönster Gemüthlichkeit und mit einem halbvollem „Auf nächsten Sonnabend!“ fand sich der völlig Gehörlose einlassen. — Wieder mit einem hochgeheuren Cylinder ausgerüstet, fand sich unser Bollwerksträger am nächsten Sonnabend pünktlich ein. Heute war er aber vorsichtiger! Nicht aus der Hand legte er das kostbare Möbel, bis die Nothwendigkeit, den Schätzen des Vorraths zuzusprechen, ihn dazu zwang. Doch ganz vorsichtig stellt er den Hut in der äußersten Ecke unter einen Stuhl und wendet seinen Blick von jenem Winkel. Mit voller Befriedigung holt er den theuren Schatz, nachdem man abgeessen; weiß er doch bestimmt, daß keine menschliche Seele sich jener Ecke genähert hat. Doch wehe, wie wird ihm, als er den sorgfältig gehüteten aus der Ecke hervorholt! Der große Hund des Wirthes — ein Stammgast aller Sotren — hat den Hut zum Objekt von Unternehmungen gemacht, für die er durchaus nicht bestimmt war, und Glanz und Herrlichkeit sind zu schnellem Ende gebracht. Mit Zurücklassung des Hutes verschwindet der Wadere und sucht im Café Kaiserhof beim Schlummerpunsch Vergessen seines Leids. — Gestern aber, wie man berichtet, erschien er wieder auf der Sotren, jedoch mit einem ganz ungläublichen Flitz, den ihm

sicher Keiner vertauscht oder verborgen haben wird, denn Beides hätte sich nicht gelohnt.

Münchener Blätter haben dieser Tage dem „Freis. Ztbl.“ folgende Notiz aus Wolgast gemittelt nachgedruckt: „Vor ungefähr 3 Jahren fand man hier einen Dienstknecht und wie angeblich geglaubt wurde, erstickt zwischen einem Jaun und einem Bergabhang eingezwängt. Allein durch eine unbefonnenen Rede eines Beirathenen sollte derselbe gewaltsam ums Leben gebracht worden sein, was zu (1) einer Untersuchung veranlaßte.“ Der Beirathene, der die Leute schon durch eine unbefonnenen Rede umbringen kann, ist gewiß eine große Schandwärtigkeit.

Literarisches.

Zeitschrift für deutschen Civilprozeß. Unter Mitwirkung hervorragender Rechtsgelehrter herausgegeben von O. Bausch, Kreisgerichtsrath in Sonderhausen. Band 1. Heft 1. Carl Heymann's Verlag. Berlin. Preis des Bandes 12 M.

Das Interesse der Juristenwelt ist gegenwärtig vorwiegend und mit äußerster Spannung dem Reichsjustizgesetzen und ihrer Entwicklung zugewendet. Die Literatur hat sich bisher fast ausschließlich mit der Kommentirung der großen Gesetze befaßt; erst in jüngster Zeit beginnen auch Bearbeitungen einzelner Theile und sind eifrig bemüht, die Einfügungen derselben in das Ganze zu fertigen und zu glätten. Diesen letzteren Arbeiten zu dienen, der Zerstückelung in die verschiedensten Organe vorzuziehen, ist der Zweck dieser Zeitschrift, die bei der fast unübersehbaren Tragweite der neuen Civilprozeß- und Kontroversen von hoher Bedeutung ist. Möge dem Unternehmen eine freundliche Aufnahme nicht fehlen.

Karte vom deutschen Zollgebiet mit sämtlichen Haupt-Steuerämtern und Haupt-Zollämtern-Bezirksgrenzen. Nach amtlichen Quellen bearbeitet, entworfen und gezeichnet von Hugo Rübenschlag, Ingenieur und königlicher Feldmesser. Berlin, 1879. Carl Heymann's Verlag. Preis 3 M.

Der Verfasser, dem wir bereits eine graphische Darstellung von Deutschlands Tabakbau und Ernte, sowie eine Uebersichtskarte der deutschen Reichstagswahlen verdanken, hat zum ersten Mal mit amtlicher Unterstützung dieses Material gesammelt. Die Karte ist für alle Zoll- und Steuerbeamte, Spektanten, größere Handlungshäuser, Statistiker, Zollpolitiker von großem Nutzen; außerdem bringt dieselbe die Eisenbahnen, Wasserstraßen, Angaben über die Größe der Städte, Sitz der Zollbehörden, Größe der Hafenplätze u. s. w. Es ist im Ganzen eine tüchtige und nützliche Arbeit, der wir eine allgemeine Verbreitung wünschen.

Telegraphische Depeschen.

Hannover, 11. März. Der Verwaltungsrath der Hannover-Altenbeller Eisenbahn hat in seiner heutigen Sitzung beschloffen, dem Betriebsüberlassungs-Vertrag zwischen der Regierung und der Magdeburg-Halbseebahn-Gesellschaft seine Genehmigung zu versagen, dagegen auf Grundlage einer Abfindung der Aktionäre mit einer jährlichen Rente in die neue Verhandlungen eintreten zu wollen. Der Verwaltungsrath delegirte den Schatzrath Hagenberg zur Bezeichnung der diesseitigen Gesellschaft bei den beglücklichen Unterhandlungen. Die heute überreichte Denkschrift des Schatzvereins der Aktionäre proponirt als möglichste Entschädigung 1 pCt. für die Aktien und 2 pCt. für die Stamm-Prioritätsaktien.

Wien, 11. März. Die „Politische Korresp.“ meldet:

Aus Konstantinopel vom 10. d.: Der türkische Vorkämpfer, Fürst Lobanoff, hat die Erwiderung der Note auf seine jüngste Note bezüglich des Louvre'schen Anlehens-Projektes mit einem neuen Schriftstück beantwortet, in welchem er seinen früheren Standpunkt, betr. die Priorität Rußlands vor neuen Anlehen, aufrecht erhält.

Der ehemalige Minister des Auswärtigen, Serdar Pascha, ist zum Generalgouverneur von Trapaunt ernannt worden.

Brüssel, 11. März. Die mit der Prüfung des Budgets für das Ministerium des Auswärtigen beauftragte Abtheilung der Repräsentantenkammer hat sich mit 5 gegen 1 Stimme für die provisorische Aufrechterhaltung der belgischen Gesandtschaft beim Vatikan ausgesprochen.

Paris, 11. März. Der Justizminister Leroyer hat den Präsidenten des Tribunals in Bayonne wegen Theilnahme an einer konspirationellen Kundgebung vor die Disziplinardisziplin des Kassationshofes stellt.

Der Präsident Grey hat heute Vormittag ein Dekret unterzeichnet, betreffend die Pagnaburg von 151 wegen Theilnahme an dem Konspirationen aus dem Jahre 1871 verurtheilten Personen; unter den Verurtheilten befinden sich der ehemalige Deputirte Kane und der berühmte Geograph Elisee Reclus.

Kopenhagen, 11. März. Die Kieler Bucht ist nunmehr vom Eise frei; man hofft, daß die regelmäßige Post-Dampfschiffahrt zwischen Kiel und Kopenhagen morgen Abend wieder eröffnet werden wird.

London, 11. März. Prinz und Prinzessin Friedrich Karl, Prinzessin Louise Margarethe und Prinz Friedrich Leopold von Preußen sind in Duncannon gelandet und von der dortigen Bevölkerung mit enthusiastischen Kundgebungen empfangen worden. Seitens der Municipalität wurde den Herrschaften eine Adresse überreicht; von Duncannon aus setzten die prinziplichen Herrschaften die Reise nach Windsor fort, wo der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin des deutschen Reiches bereits Nachmittags eingetroffen sind.